

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Den Geflüchteten aus Moria schnell helfen!

Der Landtag zeigt sich erschüttert angesichts der verheerenden Brände im Flüchtlingscamp Moria auf der griechischen Insel Lesbos. Das ist eine humanitäre Katastrophe. Den fast 13.000 betroffenen Menschen muss nun schnell und unbürokratisch geholfen werden. Dazu gehört eine humanitäre Soforthilfe vor Ort und die schnellstmögliche Evakuierung der Geflüchteten von der Insel Lesbos. Griechenland braucht unsere Hilfe und gesamteuropäische Solidarität. Alle Mitgliedstaaten sind aufgerufen, die Geflüchteten aufzunehmen und unter menschenwürdigen Bedingungen unterzubringen. In Deutschland müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam handeln und die Aufnahme jetzt ermöglichen. Einige Länder und Kommunen haben bereits öffentlich ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen über den üblichen Verteilungsschlüssel hinaus signalisiert. Dies würdigt der Landtag ausdrücklich.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Geflüchteten aus dem Flüchtlingscamp auf Lesbos schnellstmöglich evakuiert werden,
- die Bundesregierung aufzufordern, die Blockade gegenüber den Ländern und Kommunen, die ihre Bereitschaft signalisiert haben, Geflüchtete über den üblichen Verteilungsschlüssel hinaus aufzunehmen, aufzugeben und eine Aufnahme in Deutschland entsprechend der Angebote der Länder und Kommunen zu ermöglichen und
- dem Bund die Bereitschaft zu signalisieren, mindestens 350 Geflüchtete über den üblichen Verteilungsschlüssel hinaus in Brandenburg aufzunehmen.

Begründung:

In der Nacht zum 9. September 2020 wurde der sogenannte EU-Hotspot Moria auf der griechischen Insel Lesbos durch mehrere Brände fast vollständig zerstört. Tausende Schutzsuchende sind dadurch obdachlos geworden und nun völlig auf sich gestellt. Der verheerende Brand ist eine Katastrophe mit Ansage: Seit etwa einem Jahr gibt es Initiativen und Forderungen unterschiedlichster Akteure, die Hotspot-Lager der EU aufzulösen und die dort gestrandeten Geflüchteten auf andere EU-Mitgliedstaaten zu verteilen. Das Lager Moria war für etwa 2.800 Menschen ausgelegt, zuletzt lebten dort fast 13.000 Menschen, ein Drittel von ihnen Kinder und Jugendliche. Die Lebensbedingungen in dem Lager waren nach übereinstimmender Einschätzung, etwa von vor Ort tätigen Hilfsorganisationen, schlicht unmenschlich und eine Schande für Europa. Es gab zudem konkrete Warnungen, dass ein Ausbreiten der Corona-Pandemie in dem Lager zu unkontrollierbaren Zuständen führen würde, weil es den Menschen unmöglich sein würde, die gebotenen Schutz-, Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten.

Eingegangen: 15.09.2020 / Ausgegeben: 15.09.2020

Über Monate hinweg wurde das Lager zur Abwendung von Infektionen abgeriegelt, für die Bewohnerinnen und Bewohner bedeutete dies eine zusätzliche extreme Belastung. Nachdem erste Infektionen im Lager festgestellt wurden, mussten die Geflüchteten eine rasche Verbreitung des Virus im Lager fürchten. Eine sofortige Evakuierung der nach den Bränden mehrfach traumatisierten Menschen und ihre Verbringung in eine sichere und menschenwürdige Umgebung ist nach all dem nicht zuletzt ein Gebot der Menschlichkeit.

Bei den Ereignissen in Moria handelt es sich nicht um eine Naturkatastrophe, sondern um politisch gewollte Zustände. Die unerträglichen Lebensbedingungen sind die Folge politischen Handelns, sie wurden im Rahmen einer auf Abschreckung und Abschottung setzenden Politik der EU produziert und in Kauf genommen. Dass es der wohlhabenden Europäischen Union mit ihren 450 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern nicht gelungen ist, für wenige zehntausend Schutzsuchende menschenwürdige Aufnahmebedingungen zu schaffen und faire und rechtsstaatliche Asylverfahren zu organisieren ist eine menschenrechtliche Bankrotterklärung. Die Uneinigkeit innerhalb der Europäischen Union in der Asylpolitik ist jedoch keine Rechtfertigung dafür, nicht alles Mögliche zu tun, um die akute Notlage auf den griechischen Inseln zu beenden.

Angesichts der katastrophalen Situation vor Ort ist die Haltung des Bundesinnenministers nicht hinnehmbar, der konkrete Aufnahmeinitiativen mehrerer Bundesländer verhindert hat mit der Begründung, es bedürfe einer europäischen Lösung - die aber nicht in Sicht ist. Deutschland könne nicht alle Flüchtlinge aufnehmen, heißt es oftmals, doch im letzten Jahr lag die Zahl der durch Deutschland aufgenommenen Flüchtlinge unter dem Strich bei gerade einmal 95.000 Menschen - und damit sogar noch weit unterhalb des im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Koalition auf Bundesebene vereinbarten Korridors von bis zu 220.000 Menschen im Jahr. Eine europäische Lösung ist anzustreben, aber solange diese nicht kommt, muss Deutschland vorangehen. Brandenburg sollte dazu einen angemessenen Beitrag leisten!